



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Regionaltagung 2018

Fördermöglichkeiten aus dem
Asyl-, Migrations- und
Integrationsfonds



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Begrüßung zur Regionaltagung zum Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds am 02.10.2018 in Nürnberg



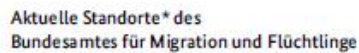
Direktorin Ursula Gräfin Praschma

Abteilungsleiterin

„Grundlagen des Asylverfahrens, Qualitätssicherung, Informationszentrum Asyl und Migration (IZAM), Prozessführung“

Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)

- zu den Tätigkeiten des Bundesamts gehört auch die Förderung von Projekten vor allem im Bereich der Integration oder der Rückkehr
- neben nationaler Projektförderung ermöglichen die Mittel des AMIF die Finanzierung von Projekten, die ohne diesen europäischen Beitrag nicht umsetzbar wären
- durch die Verwaltung von europäischen und nationalen Fördermitteln durch das Bundesamt ergeben sich dementsprechend Synergieeffekte
- die EU-zuständige Behörde für die Verwaltung der AMIF-Mittel ist seit 01.10.2018 in der Abteilung 9 „Internationale Aufgaben, Grundsatzfragen der Migration, EU-Fondsverwaltung“ angesiedelt
- Ziel der heutigen Veranstaltung ist es, über Fördermöglichkeiten und Rahmenbedingungen der Förderung sowie aktuelle Entwicklungen zu informieren und ins Gespräch zu kommen



Außenstelle in einer AnKER-Einrichtung

Standort des Bundesamtes mit Sonderaufgabe
bzw. Zuweisung einer Sonderaufgabe zum Standort*

▲ **Entscheidungszentrum**

 Bearbeitungsstraße

Z Zustellzentrum

© 2004 Blackwell Publishing Ltd, *Journal of Internal Medicine* 255: 103–110

© Carlotta DE / NAC 2017, eigene Repräsentation
Karlswalde und Lauenburg-Bundesamt für Naturschutz und Kulturlandschaft, Bonn, September 2017

- 35 Außenstellen, davon 8 in einer AnkER - Einrichtung
- 4 Entscheidungszentren in Nürnberg, Mannheim, Bonn und Berlin (zentrale Entscheidung von Bestandsverfahren)
- 23 Ankunftscentren: beschleunigte Fallbearbeitung unter Einbindung aller beteiligten Institutionen = *Integriertes Flüchtlingsmanagement*
- Bearbeitungsstraßen in Passau, Rosenheim, Freilassing
- Warteraum in Erding





Modell-Verfahren AnKER-Einrichtungen zum Start am 01.08.2018



Ankunft & Registrierung



Asylverfahren & mögliches Klageverfahren



Beteiligte Behörden



Rückkehr



Integration



Zugänge, Entscheidungen, anhängige Verfahren

(Erstanträge und Folgeanträge)

Jahr	Anträge	Veränderung	Entscheidungen	Anhängige Verfahren
2012	77.651	+45,5 %	61.826	49.811
2013	127.023	+63,6 %	80.978	95.743
2014	202.834	+59,7 %	128.911	169.166
2015	476.649	+135,0 %	282.726	364.664
2016	745.545	+56,4 %	695.733	433.719
2017	222.683	- 70,1%	603.428	68.245
01 - 08/ 2018	127.525	- 14,9 %*	154.257	59.410

*im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Herkunftsländer im Vergleich

(Erstanträge und Folgeanträge)

	Hauptherkunftsländer	01 - 08/2018	2017
1	Syrien	31.614	50.422
2	Irak	12.399	23.605
3	Afghanistan	8.427	18.282
4	Nigeria	8.069	8.261
5	Iran	6.854	9.186
6	Türkei	6.796	8.483
7	Eritrea	4.565	10.582
8	Somalia	4.300	7.561
9	Russische Föderation	3.633	6.227
10	Ungeklärt	3.437	3.462
	Gesamt (alle HKL)	127.525	222.683

Entscheidungspraxis

für die 10 stärksten HKL im Jahr 2018 (Zeitraum: Januar bis August 2018)

	Herkunftsländer	Entscheidungen	Schutzquote
1	Syrien	28.030	78,2%
2	Irak	13.481	30,3%
3	Afghanistan	14.227	35,8%
4	Nigeria	9.883	14,6%
5	Iran	7.341	23,0%
6	Türkei	5.846	37,5%
7	Eritrea	5.840	67,5%
8	Somalia	5.792	41,0%
9	Russische Föderation	6.031	11,0%
10	Ungeklärt	3.830	36,4%
	Gesamt (alle HKL)	154.257	32,2%

Verfahrensdauer

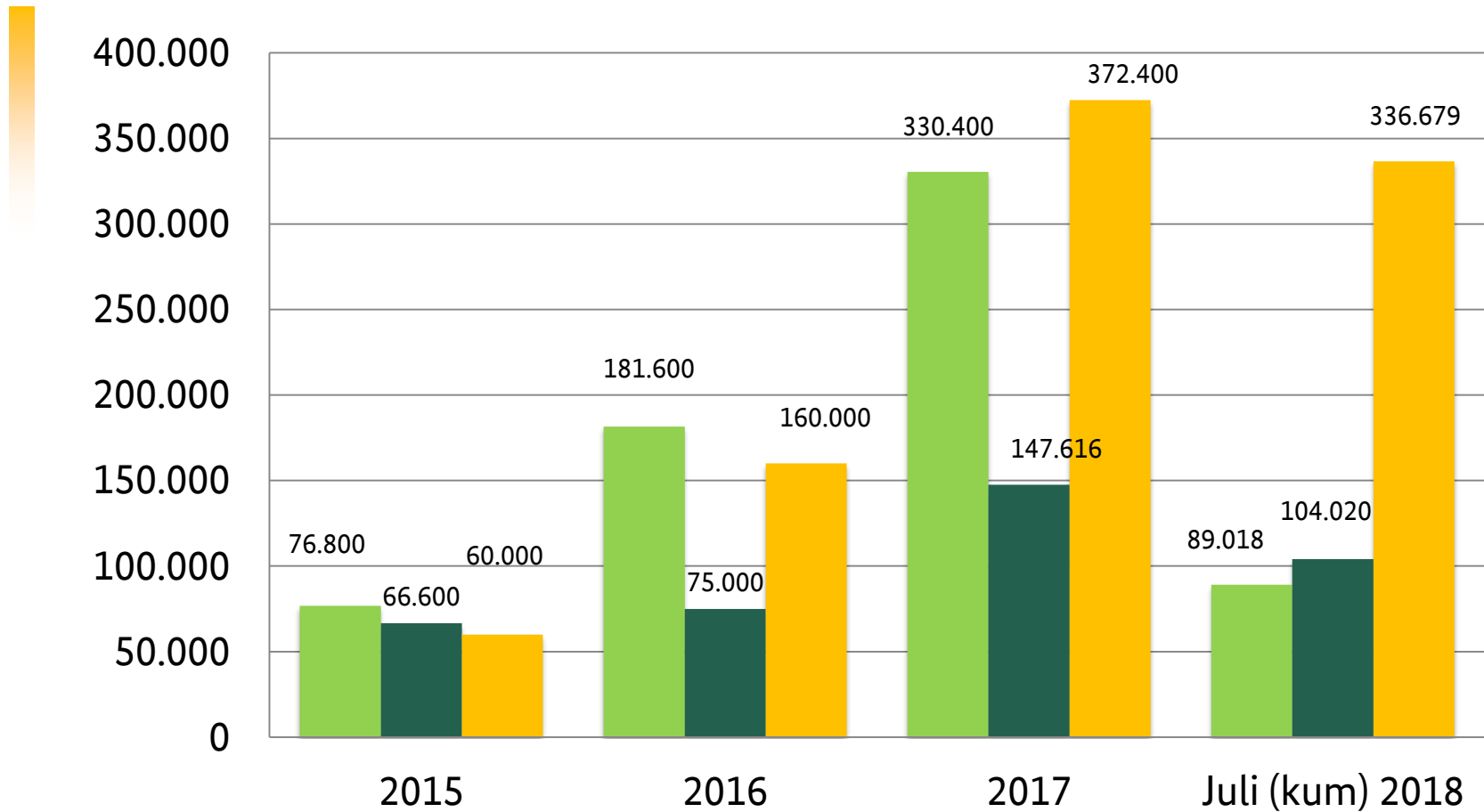
Erstanträge und Folgeanträge im Zeitraum 01.01.2018 bis 31.08.2018

	Entscheidungen	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten
insgesamt	154.257	8,0
Antragstellung vor dem 01.01.2017	30.126	27,8
Antragstellung ab dem 01.01.2017	124.131	3,2

Personen im Gerichtsverfahren

Klagen/Berufungen/Revisionen (Stand: 15.09.2018)

Zugänge Entscheidungen Anhängige



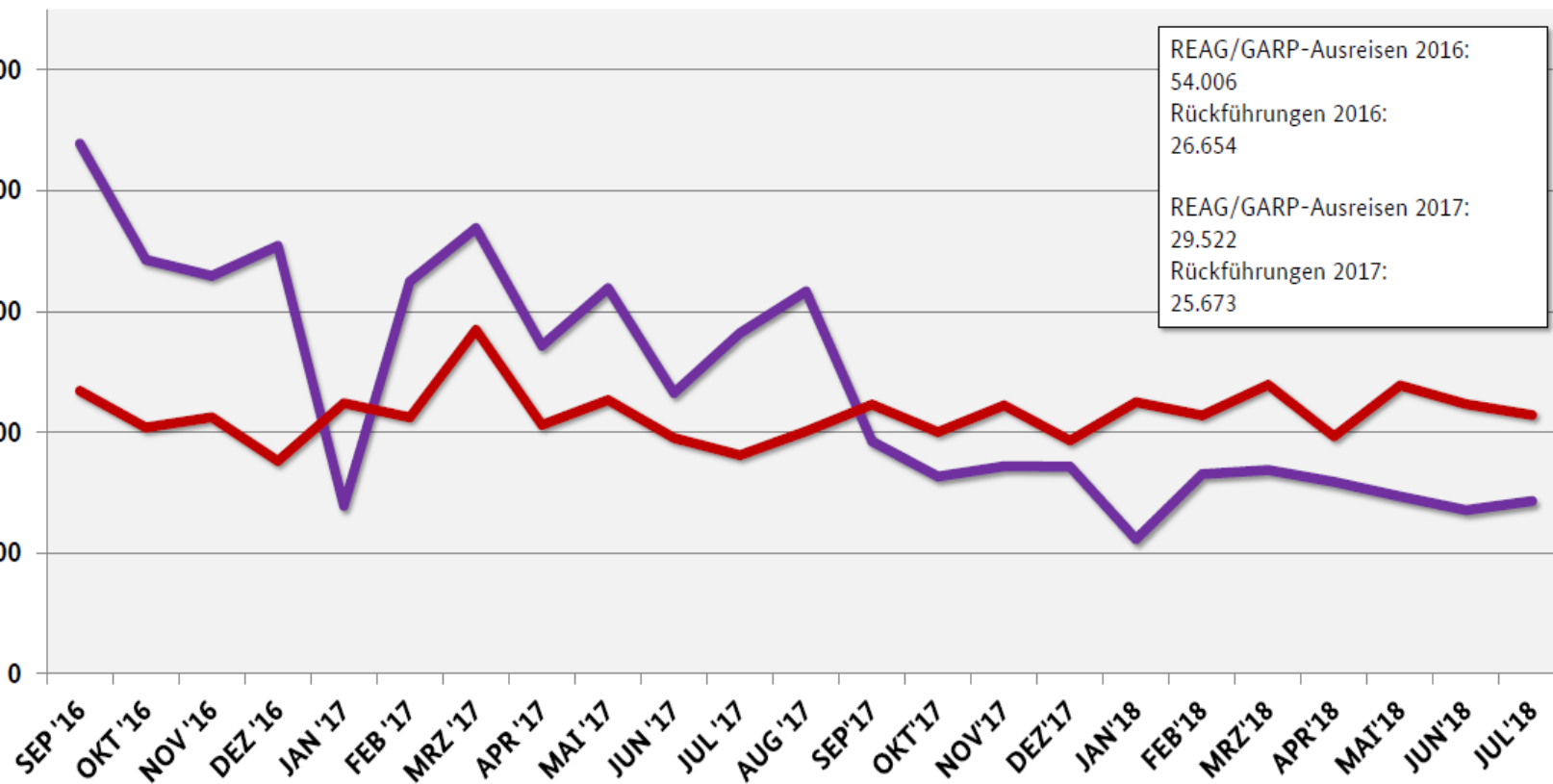
Aktuell: Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometer

- misst zum 2. Mal nach 2015 das „Integrationsklima“ in Deutschland
- befragt wurden 9.300 Personen mit und ohne Migrationshintergrund

Zentrale Erkenntnisse:

- Zusammenleben überwiegend positiv und stabil wahrgenommen
- getrübte Wahrnehmung dort, wo Integrationsalltag nicht persönlich erlebt wird
- Haltung zu Geflüchteten grds. positiv:
 - Mehrheit der Befragten dafür, weiter Geflüchtete aufzunehmen
 - Mehrheit sieht Geflüchtete als kulturell und wirtschaftlich bereichernd
 - Mehrheit aber auch für Begrenzung des Zuzugs
- knapp 50% der Befragten ohne Migrationshintergrund meinen, dass Geflüchtete Kriminalität erhöhen
- Arbeit der Kommunen wird als überwiegend positiv bewertet

Rückführungen und freiw. Rückkehr mit REAG/GARP September 2016 bis Juli 2018



Rückführungen
im Juli '18:
2.140
(2018 insg.:
15.496)

REAG/GARP
im Juli '18:
1.428
(2018 insg.:
10.287)

Der Terminus Rückführungen umfasst die Summe der Abschiebungen und Zurückschiebungen.
ROI Schröder, 212/216, BAMF
Quellen: BPOL, IOM

Stand Grafik: 24.08.2018

— REAG/GARP
— Rückführungen



Danke für Ihr Interesse &
herzlich willkommen!





Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Regionaltagung 2018

Fördermöglichkeiten aus
dem Asyl-, Migrations- und
Integrationsfonds

Übersicht

■ Inhaltliche Schwerpunkte

- Das Nationale Programm
- Bisherige Umsetzung
- Aufforderung 2018
- Ausblick

■ Finanzieller Rahmen

- Gesamtmittel
- Gebundene Mittel

A vertical bar with a gradient from yellow at the top to white at the bottom.

Inhaltliche Schwerpunkte



Der AMIF – Das Nationale Programm

- Förderinstrument der EU-Kommission im Rahmen des MFR 2014-2020
- Drei spezifische Ziele:
 - ➔ **Asyl:** Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, einschließlich seiner externen Dimension
 - ➔ **Integration:** Erleichterung der legalen Zuwanderung und Förderung der tatsächlichen Integration Drittstaatsangehöriger
 - ➔ **Rückkehr:** Förderung gerechter und wirksamer Rückkehrstrategien in den Mitgliedsstaaten als Beitrag zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung

SZ 1 – Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

Ziel: Nationale Standards der Aufnahmebedingungen und Wirksamkeit des Asylverfahrens werden gesteigert

Inhalte

- Aufnahme und Asylsysteme
- Kapazität der Mitgliedstaaten zu Gestaltung, Monitoring und Evaluierung ihrer Asylpolitik und Verfahren
- Resettlement

Schwerpunkte

Identifizierung besonders Schutzbedürftiger

Verbesserung der Aufnahmebedingungen

Zielgruppe

Drittstaatsangehörige...

- ...mit Flüchtlingsstatus/ subsidiärem Schutzstatus;
- ...die einen Asylantrag gestellt und noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben;
- ...die neu angesiedelt oder aus einem anderen Mitgliedstaat überstellt wurden

SZ 2 – Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration

Ziel: Integration von Drittstaatsangehörigen wird gefördert durch Ergänzung der bestehenden strukturellen Handlungsinstrumente der Integrationspolitik

Inhalte	Schwerpunkte	Zielgruppe
<ul style="list-style-type: none">• Legale Migration (Maßnahmen zur Einwanderung und Ausreisevorbereitung)• Integrationsmaßnahmen• Praktische Zusammenarbeit und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau	<p>Erstintegration</p> <p>Chancengerechtigkeit</p> <p>Gesellschaftlicher Zusammenhalt</p> <p>Interkulturelle Öffnung</p>	<p>Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig (=dauerhaft und beständig) in Deutschland aufhalten</p>

SZ 3 - Rückkehr

Ziel: Freiwillige Rückkehr und die soziale und wirtschaftliche Reintegration in den Herkunftsstaaten werden gefördert

Inhalte

- Maßnahmen zur Begleitung von Rückkehrverfahren
- Rückkehrmaßnahmen
- Praktische Zusammenarbeit und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau

Schwerpunkte

Weiterentwicklung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration

Zielgruppe

Alle Drittstaatsangehörigen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus

Bisherige Umsetzung – Aufforderung 2014

- 2014 wurden 121 Projekte zur Förderung ausgewählt
- Die Projekte hatten eine Laufzeit von bis zu drei Jahren
- Alle Projekte sind abgeschlossen
- Insgesamt wurden die quantitativen Ziele mehrheitlich übertroffen

	SZ 1 Asyl	SZ 2 Integration	SZ 3 Rückkehr
Geförderte Projekte	43	61	17
Gebundene Mittel	28,08 Mio EUR	33,98 Mio EUR	14,33 Mio EUR

Bisherige Umsetzung – Aufforderung 2015

- 2015 wurden 15 Projekte zur Förderung ausgewählt
- Die Projekte hatten eine Laufzeit von bis zu zwei Jahren
- Alle Projekte sind abgeschlossen
- Insgesamt wurden die quantitativen Ziele mehrheitlich übertroffen

	SZ 1 Asyl	SZ 2 Integration	SZ 3 Rückkehr
Geförderte Projekte	9	6	Nicht ausgeschrieben
Gebundene Mittel	3,38 Mio EUR	1,72 Mio EUR	/

Bisherige Umsetzung – Aufforderung 2017

- 2017 wurden 307 Anträge eingereicht
- Zur Förderung für bis zu zwei Jahre vorgesehen sind aktuell 114 Projekte

	SZ 1 Asyl	SZ 2 Integration	SZ 3 Rückkehr
Projektanträge	70	203	33
Zur Förderung vorgesehen	33	66	15
Ausgeschriebene Mittel	16,6 Mio. EUR	31,6 Mio. EUR	14,6 Mio. EUR
Voraussichtl. gebundene Mittel	15,6 Mio. EUR	25,7 Mio. EUR	9,5 Mio. EUR

Aufforderung 2018

Allgemein

Konzentration auf Maßnahmenbereiche, die 2017 stark überzeichnet waren

- Identifizierung besonders Schutzbedürftiger
- Verbesserung der Aufnahmebedingungen
- Chancengerechtigkeit
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt
- Weiterentwicklung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration

Zeitplan:

16.08.2018: Veröffentlichung der Aufforderung

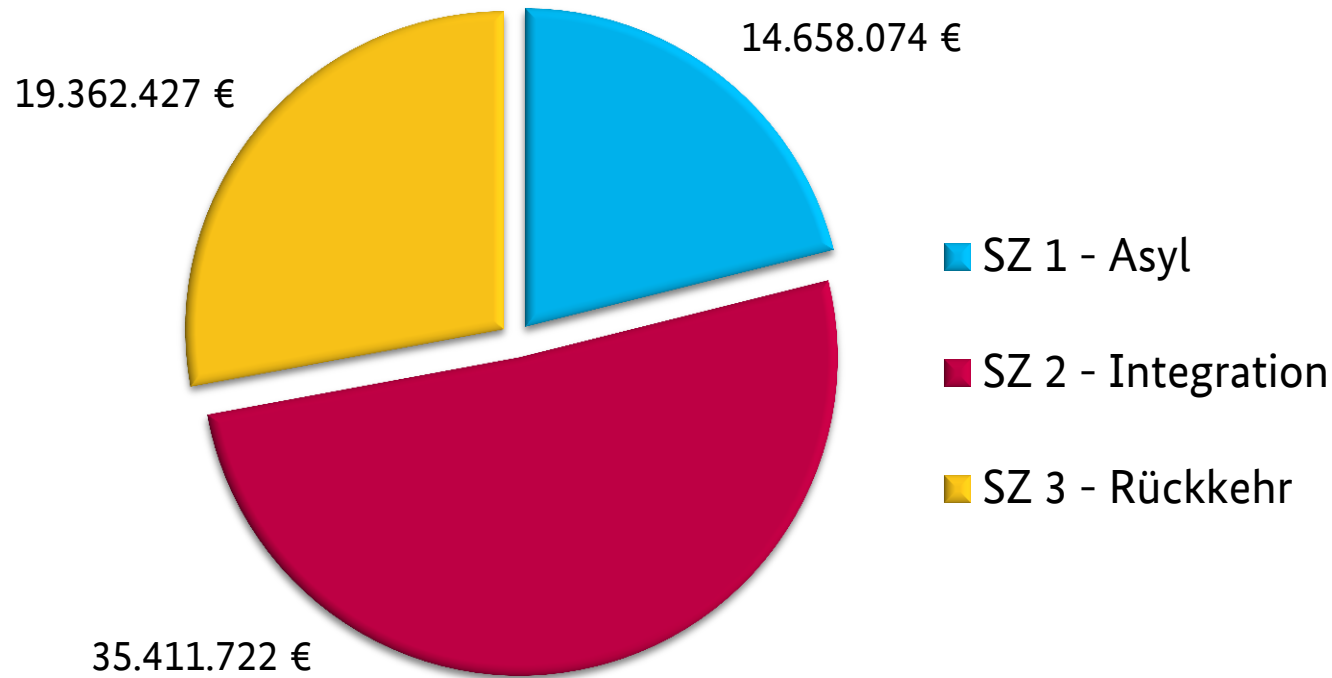
11.10.2018: Fristende

01.07.2019: Spätestmöglicher Projektbeginn

Aufforderung 2018

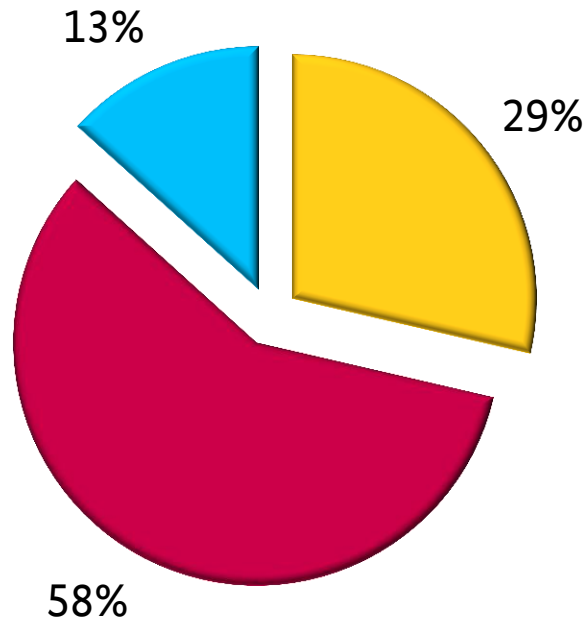
Ausgeschriebener Finanzrahmen

69.432.222,35 EUR



Aufforderung 2018

SZ 1 Asyl - 14.658.074 €



- Identifizierung und Betreuung besonders Schutzbedürftiger
- Verbesserung der Aufnahmebedingungen und der Information von Antragstellern
- Qualifizierung und Fortbildung der am Asylverfahren Beteiligten

Aufforderung 2018

SZ 1 Asyl - 14.658.074 €

Ziel: Nationale Standards der Aufnahmebedingungen und Wirksamkeit des Asylverfahrens werden gesteigert

Identifizierung und Betreuung
besonders Schutzbedürftiger

z.B. Projekte zur psychotherapeutischen Betreuung
von Kranken und Traumatisierten

Verbesserung der Aufnahme-
bedingungen und der
Information von Antragstellern

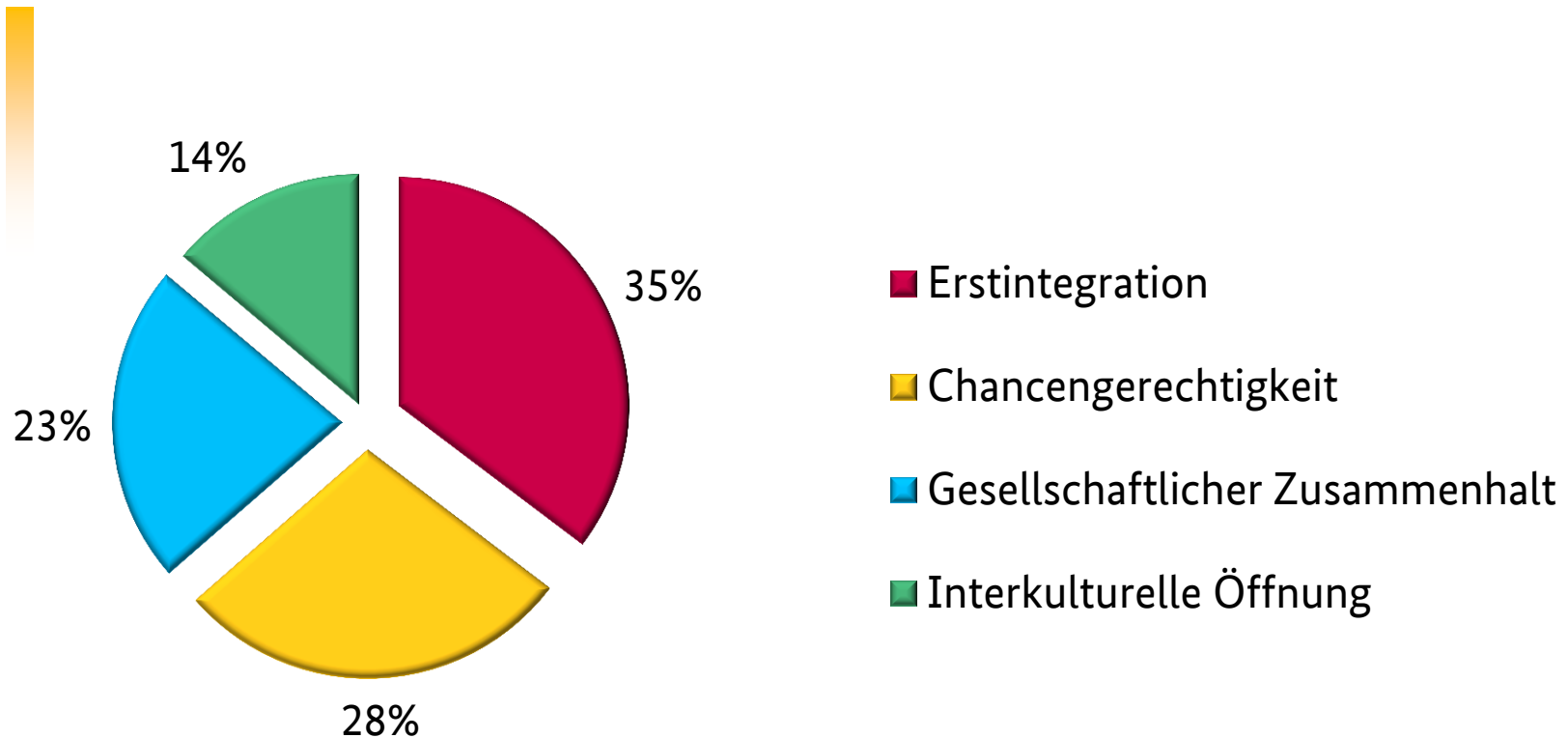
z.B. Projekte zur rechts- und verfahrenstechnische
Auskunftserteilung, Asylverfahrensberatung

Qualifizierung und Fortbildung
der am Asylverfahren Beteiligten

z.B. Projekte zur Qualifizierung von Vormündern,
Mitarbeitern der Jugendhilfe

Aufforderung 2018

SZ 2 Integration/legale Zuwanderung - 35.411.722 €



Aufforderung 2018

SZ 2 Integration/legale Zuwanderung - 35.411.722 €

Ziel: Integration von Drittstaatsangehörigen wird gefördert durch Ergänzung der bestehenden strukturellen Handlungsinstrumente der Integrationspolitik

Erstintegration

z.B. Projekte zur Ergänzung des Integrationskurses

Chancengerechtigkeit

z.B. Projekte zur Förderung der vorberuflichen Bildung/des bürgerschaftlichen Engagements

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

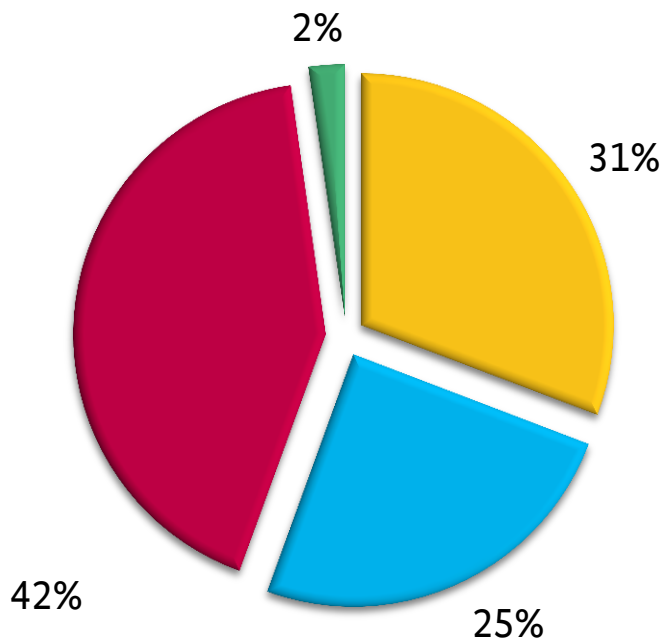
z.B. Projekte zur Wissensvermittlung über Migration/zur Ansprache der Aufnahmegesellschaft

Interkulturelle Öffnung

z.B. Projekte zur interkulturellen Öffnung und Vernetzung von Verwaltungen o.ä.

Aufforderung 2018

SZ 3 Rückkehr - 19.362.427 €



- Weiterentwicklung der freiwilligen Rückkehr und der Reintegration
- Förderprogramm für die freiwillige Rückkehr
- Weiterentwicklung der Rückkehr- und Reintegrationshilfen im Rückkehrstaat
- Strategisches Rückkehrmanagement und -politik einschließlich Zusammenarbeit der Akteure auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen

Aufforderung 2018

SZ 3 Rückkehr - 19.362.427 €

Ziel: Freiwillige Rückkehr und die soziale und wirtschaftliche Reintegration in den Herkunftsstaaten werden gefördert

Weiterentwicklung der freiwilligen Rückkehr und der Reintegration

z.B. Projekte zur Rückkehrberatung

Förderprogramm für die freiwillige Rückkehr

REAG/GARP

Weiterentwicklung der Rückkehr- und Reintegrationshilfen im Rückkehrstaat

z.B. Projekte zur Reintegrationsförderung

Strategisches Rückkehrmanagement und -politik

z.B. Projekte zu Ausbau und Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit

Ausblick – Aufforderung 2019

- Letzte Aufforderung dieser Förderperiode
- Veröffentlichung voraussichtlich im Laufe des Sommers 2019
- Projektbeginn frühestens 01.01.2019, spätestens 01.07.2020
- Möglichkeit von bis zu zweijährigen Projekten
- Nach aktuellem Stand stehen rd. 19 Mio EUR unverplanter Mittel zur Verfügung

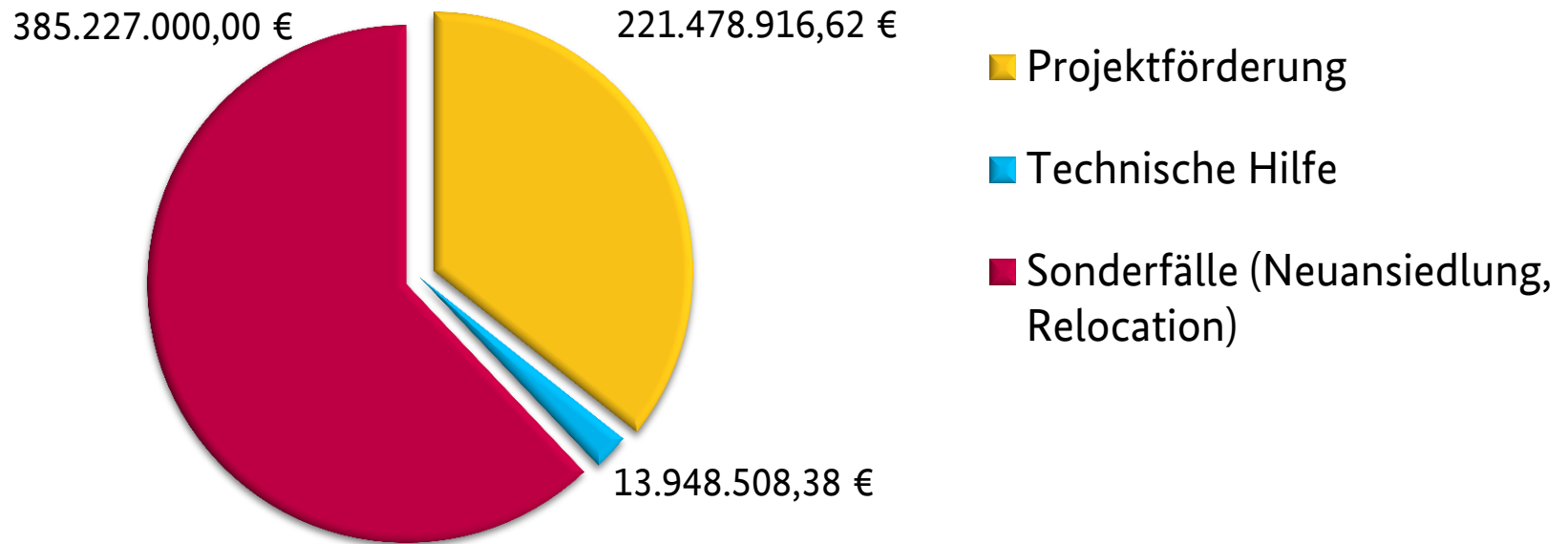


Finanzieller Rahmen



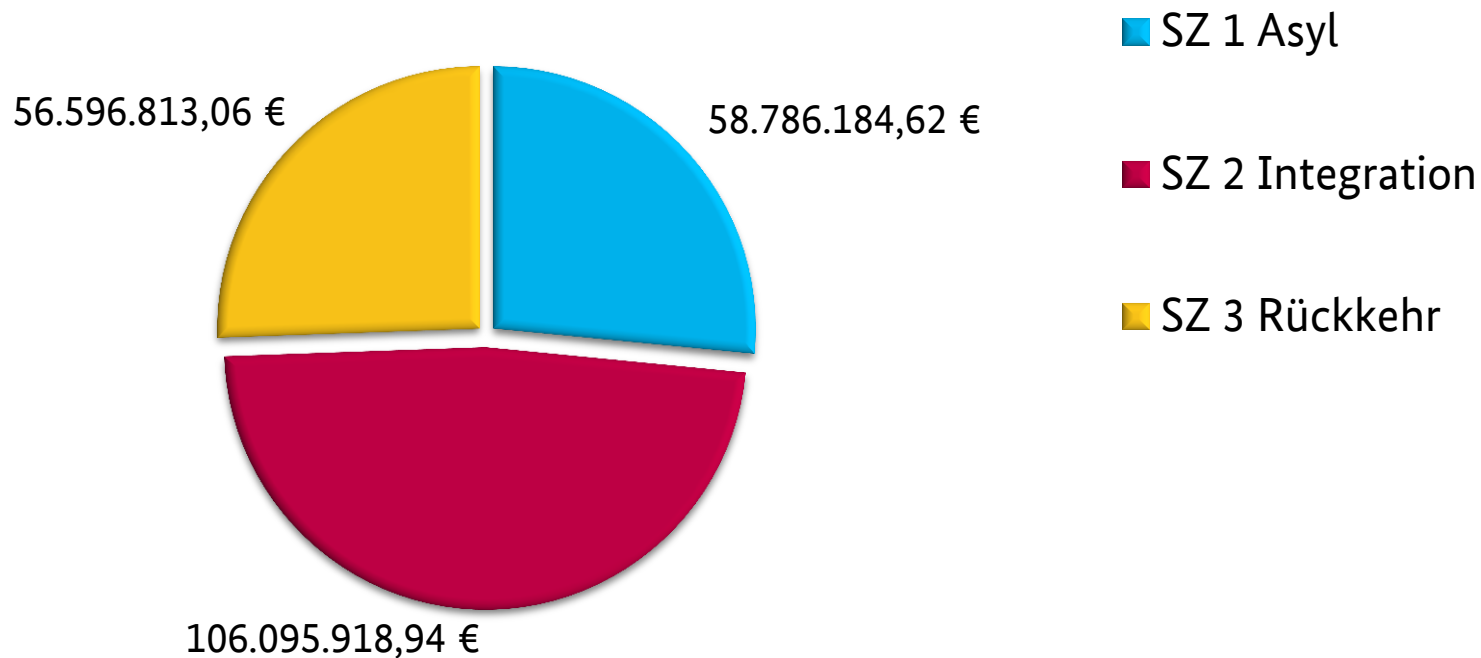
AMIF-Fördermittel - Gesamt

Zugewiesene Mittel für Deutschland: 620.654.425 EUR



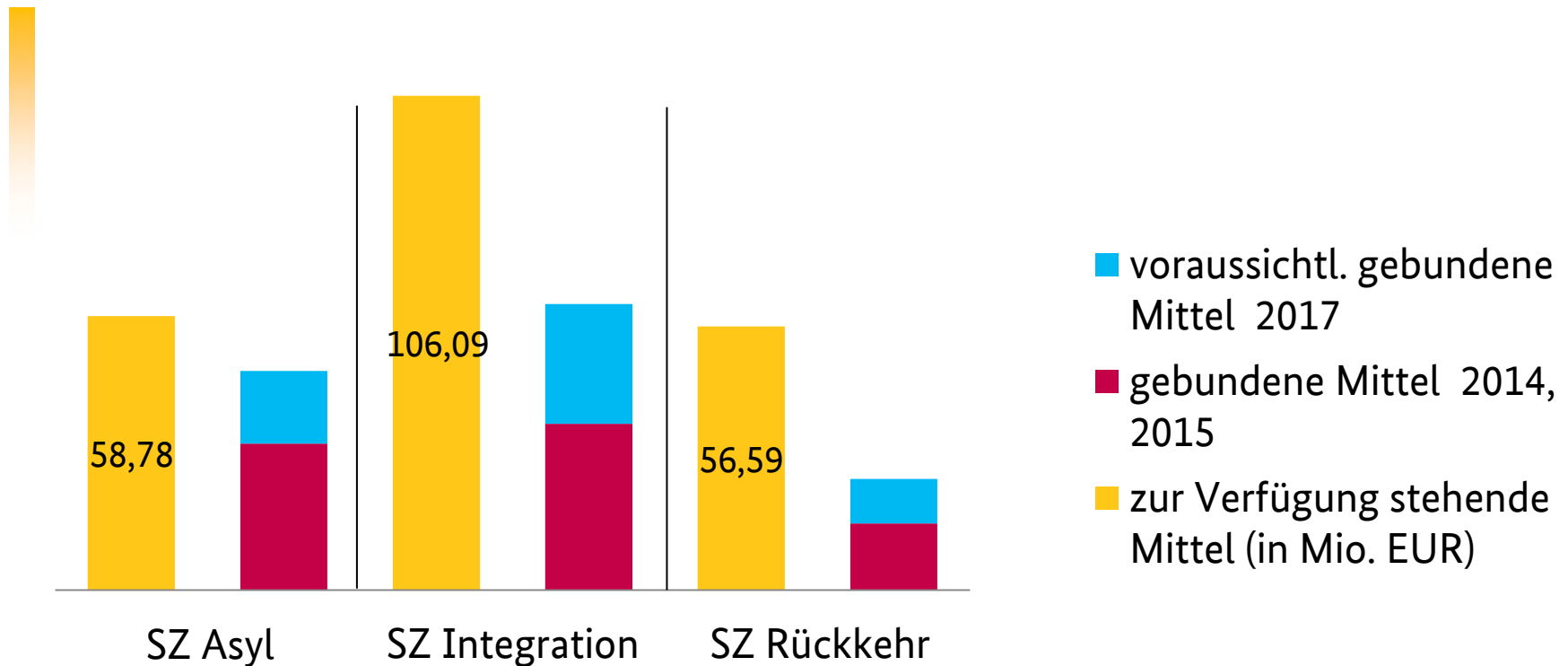
AMIF-Fördermittel – Projektförderung

Mittel für Projektförderung: 221.478.916,62 EUR



Aktueller Stand der Fördermittel

Mittel Projektförderung nach Spezifischen Zielen





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Regionaltagung 2018

Fördermöglichkeiten aus
dem Asyl-, Migrations- und
Integrationsfonds



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Rahmenbedingungen bei einer Förderung



Übersicht

1. Antragsverfahren
2. Förderfähige Ausgaben
3. Projektfinanzierung – Auszahlung von Fördermitteln
4. Nachweispflichten



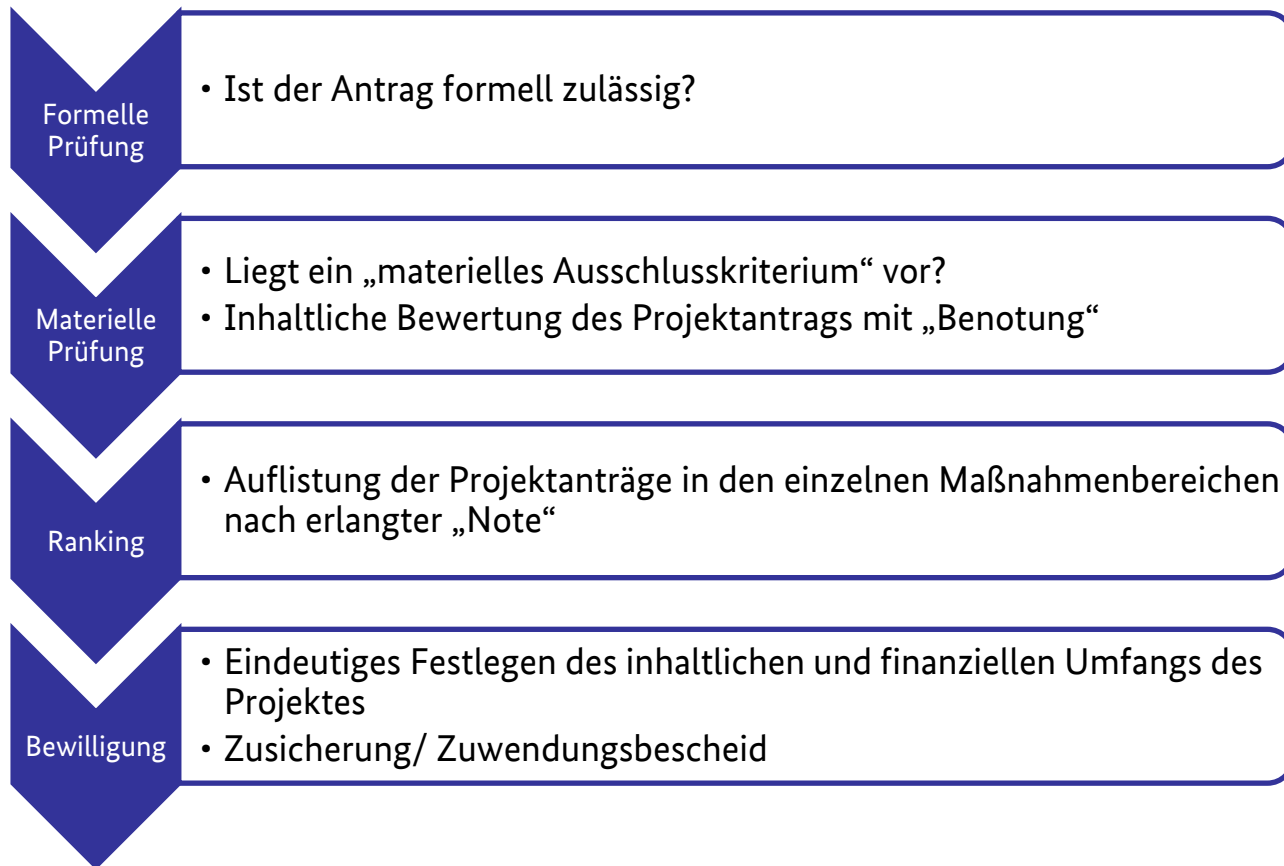
1. Antragsverfahren



Generelles zum Antragsverfahren

- Anträge auf Förderung können nur im Rahmen einer Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen eingereicht werden
- Die einzureichenden Unterlagen sind in der jeweiligen „Aufforderung“ benannt
- Umfassende Information und Beratung erteilen außerhalb einer Frist zur Einreichung von Projektvorschlägen die Außendienstmitarbeiter der EU-Fonds (AMIF) Zuständigen Behörde

Prüfung der Projektanträge





2. Förderfähige Ausgaben

Förderfähige Ausgaben

„Personalausgaben“

Ausgaben für Reisekosten
und Aufenthalt

Ausrüstungsgegenstände/
Abschreibung

Anmietung von
Immobilien

Indirekte Kosten (7% der
direkten förderfähigen
Ausgaben)

Sonstige direkte Ausgaben

Fremdvergabe/
Unterverträge

Von Personalausgaben zu Personaleinheitskosten

- Für Projekte, die über die Aufforderungen zur Einreichung von Projektvorschlägen 2014 bzw. 2015 zur Förderung gelangt sind, konnten die tatsächlich angefallenen Personalausgaben geltend gemacht werden

➡ hoher Verwaltungsaufwand

- Ab der Aufforderung 2017 wird der Bereich der Personalausgaben durch eine vereinfachte Kostenoption abgelöst

➡ Berechnung der Kosten, weniger Verwaltungsaufwand

Personaleinheitskosten- Grundlagen

- Ziel: vereinfachte Abrechnung der Personalkosten
- Gesetzliche Grundlage: Art. 18 Abs. 7 Verordnung (EU) Nr.514/2014

Zur Ermittlung der Personalkosten, die mit der Durchführung eines Projekts zusammenhängen, kann der anwendbare Stundensatz dadurch berechnet werden, dass die zuletzt dokumentierten jährlichen Bruttobeschäftigungskosten durch 1720 Stunden geteilt werden.

- Vorgabe der Verordnung: Rückgriff auf Vergangenheit zur Ermittlung der Personalkosten in der Gegenwart unter Annahme einer Jahresvollzeitarbeit von 1.720 Stunden

Personaleinheitskosten-

Praktische Umsetzung: Stundensatz


- Bezugsperson für die Berechnung ist stets die erste Person, die die entsprechende Tätigkeit ausübt
- Zur Berechnung der Personalausgaben wird das Arbeitgeberbrutto (unter Berücksichtigung der Hinweise zu den Förderbestimmungen) der dem Projektbeginn vorangehenden zwölf Monate herangezogen, addiert und anschließend durch 1.720h dividiert
- Beispiel: Das Projekt beginnt am 01.07.2018. Bezugszeitraum ist somit vom 01.07.2017 bis zum 30.06.2018. Das nachgewiesene Arbeitgeberbrutto für Mitarbeiter X lag in diesem Zeitraum bei 60.000 €
- $60.000 \text{ €} / 1.720\text{h} = 34,88 \text{ €/h}$ als Stundensatz für Mitarbeiter X

Personaleinheitskosten – Weitere Informationen

Notwendige Nachweise:

- Gehaltsbescheinigungen/ Verdienstabrechnungen/ Auszüge aus Lohnkonten vor Beginn des Projektes
- Lediglich Arbeitszeitnachweise mit dem Verwendungsnachweis

➡ Geringeres Risiko auf Finanzkürzungen im Verwendungsnachweis

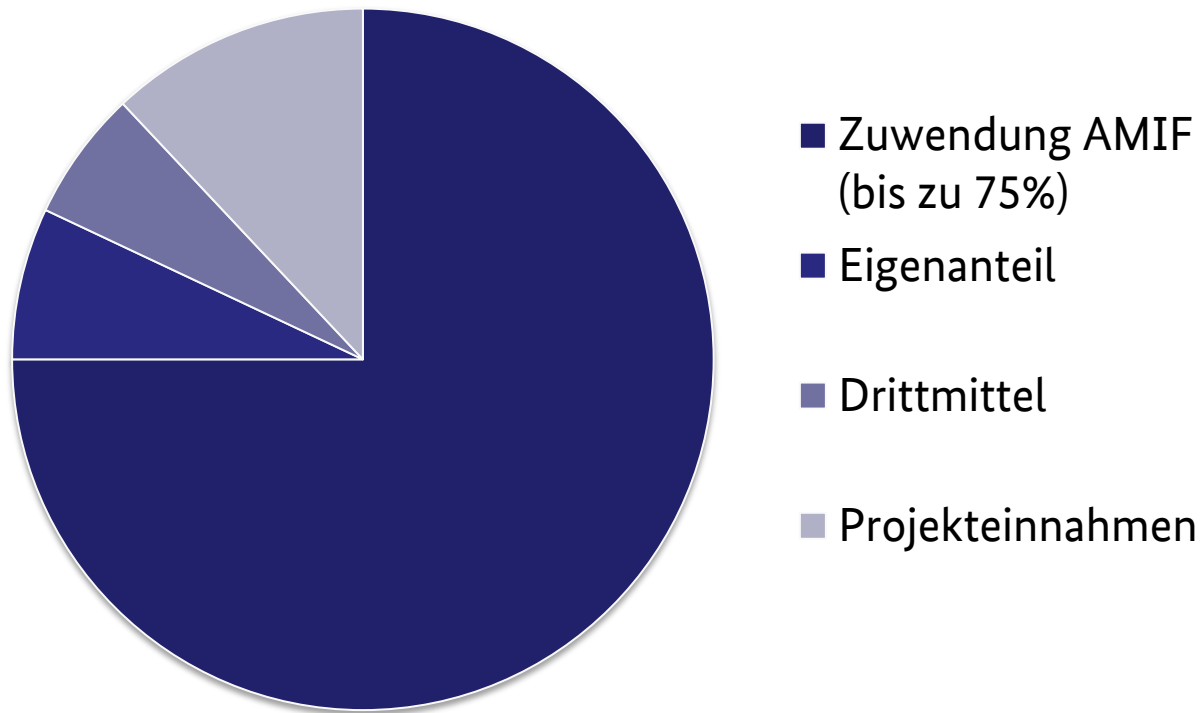


3. Projektfinanzierung – Auszahlung von Fördermitteln



Mögliche Finanzierungen

Projektfinanzierung

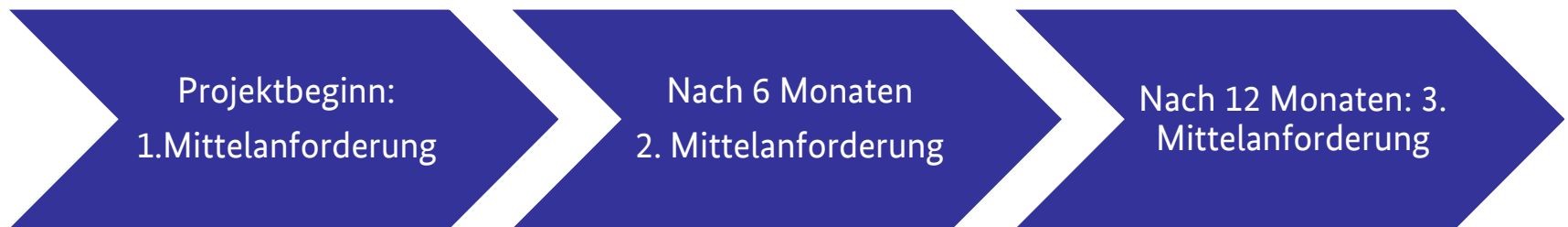


Weiteres zu den Finanzierungen

- Die Projekte werden aus öffentlichen oder privaten Quellen kofinanziert
- Mit den unterstützten Projekten dürfen keine Gewinne erzielt werden
- Eine anderweitige Kofinanzierung aus dem Unionshaushalt ist ausgeschlossen (Keine Überschneidungen mit z.B. ESF!)
- Bei Förderung durch den AMIF und einem weiteren Zuwendungsgeber ist eine Absprache zwischen den Kofinanzierern notwendig.
- Es können nur echte Zuwendungen zur Projektförderung berücksichtigt werden (keine Stellung von Sachleistungen!)

Auszahlung von Fördermitteln

- Während der Projektlaufzeit können bis zu 80% der festgelegten Zuwendungssumme angefordert und ausgeschüttet werden
- Die verbleibenden 20% der Zuwendungssumme werden erst nach erfolgter Abrechnung und Feststellung der tatsächlichen Projektausgaben ausgezahlt
- Für ein 18-monatiges Projekt gestaltet sich die Anforderung und Auszahlung von Mitteln – idealtypisch - wie folgt:





4. Nachweispflichten

Verwendungsnachweis

Zwischennachweis
(i.d.R. fällig innerhalb eines Monats nach Stellung einer Mittelanforderung)

Sachbericht

Belegliste

Abschlussnachweis
(fällig innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss des Projekts)

Sachbericht

Belegliste

Indikatorenbericht

Im Rahmen des Verwendungsnachweises sind auf Aufforderung Originalbelege an die EU-Fonds (AMIF) Zuständige Behörde zu übersenden!

Indikatoren

- Der Mitgliedsstaat Deutschland hat mit dem Nationalen Programm Ziele definiert, die mit Hilfe der Mittel aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds erreicht werden sollen. Diese Ziele sind über Indikatoren auch quantifizierbar.
- Für eine Auswertung muss der Zuwendungsempfänger mit dem Antrag bereits Planzahlen für die Indikatoren mitteilen.
- Die Mitteilung der bereits erreichten Indikatorenwerte erfolgt einmal jährlich (jeweils zum 31. Oktober) über einen Indikatorenbericht. Dem Abschlussnachweis ist eine Gesamtaufstellung beizufügen.
- Hinweis: Die geplanten Indikatorenwerte werden auch bei der Bewertung der eingegangenen Projektanträge mitberücksichtigt!

Weitere erforderliche Nachweise

Arbeitszeitznachweise: Für die einzelnen Projektmitarbeiter sind Arbeitszeitznachweise zu führen. In diesen sind die „Produktiv/-Arbeitsstunden“ anzugeben. Das bedeutet lediglich die tatsächlich geleisteten Stunden können berücksichtigt werden.

Zielgruppennachweise: Begünstigt ein Projekt direkt die Zielgruppe des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds sind Zielgruppennachweise zu führen. Grundsätzlich müssen Kopien der Identitätsdokumente (z.B. Aufenthaltstitel) angefertigt werden.

Sonstige Nachweise: Die EU-Fonds (AMIF) Zuständige Behörde verlangt gegebenenfalls Teilnahmelisten, Ansichtsexemplare bei Drucksachen, etc.

Kontrollen

- Bei sämtlichen Projekten wird die Verwendung der Fördermittel geprüft (Verwendungsnachweisverfahren)
- Grundsätzlich wird einmal jährlich eine Betriebliche Vor-Ort-Kontrolle durchgeführt
- Stichprobenhaft werden finanzielle Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt
- Des Weiteren sind bei den Zuwendungsempfängern/ Kooperationspartnern vor Ort prüfberechtigt: Die Prüfbehörde, die Europäische Kommission oder ihre Vertreter, der Europäische Rechnungshof, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und der Bundesrechnungshof



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Regionaltagung 2018

Fördermöglichkeiten aus dem
Asyl-, Migrations- und
Integrationsfonds



Unterschwellenvergabeordnung



Unterschwellenvergabeordnung - Allgemeines

- Für Projekte aus den Aufforderungen 2017 und 2018 ist im Bereich der Vergabe unterhalb derzeit 144.000 € nicht mehr die VOL/ A einschlägig, sondern die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO).
- Demnach sind Vergabeverfahren durchzuführen und entsprechende Vergabevermerke auszufüllen.
- Die folgenden Anmerkungen dienen nur dem ersten Überblick und ersetzen nicht das eigenständige Studium der einschlägigen Vorschriften.
- Verstöße gegen die Vergaberegeln: Prozentuale Kürzung, gesamte Streichung der betroffenen Kosten, Widerruf des Zuwendungsbescheids.

Unterschwellenvergabeordnung-

Vergabearten

1. § 9/10: Öffentliche Ausschreibung oder beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb
2. § 11: Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb
3. § 12: Verhandlungsvergabe mit und ohne Teilnahmewettbewerb

Die eben genannte Reihenfolge ist bei Vergabeverfahren zu beachten; Nr. 2 und Nr. 3 können daher nur unter gewissen Voraussetzungen durchgeführt werden.

Unterschwellenvergabeordnung-

Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb

- Voraussetzungen dafür definiert in § 8 Abs. 4 Nr. 1-17 UVgO; Insbesondere:
Nr. 17: Wertgrenzenerlass des BMI- bis zu einem geschätzten Auftragswert von 25.000 € ohne Umsatzsteuer kann eine Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden.
- Es sind mindestens drei geeignete Unternehmen zur Angebotsabgabe aufzufordern.
- Die Kommunikation muss schriftlich erfolgen und sicherstellen, dass Dritte die Vergabeentscheidung nachvollziehen können. Ein Vergabevermerk muss ausgefüllt werden (s. auch Beispiel auf der Webseite der EU-Zuständigen Behörde).
- Weitere Vorschriften gemäß UVgO (Fristen, Vergabeunterlagen,...) sind zu beachten.

Unterschwellenvergabeordnung-

Freiberufliche Leistungen

- Freiberufliche Leistungen fallen nicht unter den Anwendungsbereich der UVgO. Es entfallen somit für solche Leistungen förmliche Vergabeverfahren.
- Freiberufliche Leistungen orientieren sich an der Aufzählung innerhalb § 18 Abs. 1 Nr. 1 Einkommensteuergesetz.
- Die Vergabe von freiberuflichen Leistungen muss jedoch gleichwohl im Wege des Wettbewerbes geschehen; es ist so viel Wettbewerb zu schaffen, wie dies nach der Natur des Geschäftes möglich ist.
- Zur Dokumentation des Wettbewerbs sind grundsätzlich mindestens drei Angebote einzuholen. Ein Vergabevermerk muss ebenfalls ausgefüllt werden.

Unterschwellenvergabeordnung-

Zusammenfassung

1. Freiberufliche Leistungen: Vergabe im Wege des Wettbewerbs (mindestens drei Angebote, Vergabevermerk).
2. Keine freiberufliche Leistung: Schätzung des Auftragswerts
 - < 1.000 €: Direktkauf möglich. Auch hier gilt aufgrund des Wirtschaftlichkeits- / Sparsamkeitsgebots: Drei Angebote sind einzuholen, dies ist zu dokumentieren.
 - 1.000 € - < 25.000 €: Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb: Es sind drei schriftliche Angebote einzuholen und per Vergabevermerk zu dokumentieren. Weitere Vorschriften gemäß UVgO (Fristen, Vergabeunterlagen,...) sind zu beachten.
 - >= 25.000 €: I. d. R. öffentliche Ausschreibung oder beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb; Ausnahmen: § 8 Abs. 4 Nr. 1-16 UVgO



Datenschutzgrundverordnung



Datenschutzgrundverordnung

Allgemeines

- Neue datenschutzrechtliche Regelungen durch die seit Mai 2018 geltende Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)
- U. a. neue Rechte (Kapitel 3) der betroffenen Personen hinsichtlich der über sie verarbeiteten Daten durch die DSGVO
- Die personenbezogenen Daten werden zur Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung durch die EU-Zuständige Behörde erhoben auf der Rechtsgrundlage des Art. 6 Abs. 1 c) DSGVO

Datenschutzgrundverordnung

Berücksichtigung der DSGVO durch die Zuwendungsempfänger

- Die Regelungen der DSGVO sind durch die Zuwendungsempfänger in den Projekten ausnahmslos zu beachten.
- Doppelte Bedeutung:
 - Einhaltung der datenschutzrechtlichen Regelungen aus „Eigeninteresse“ (Vermeidung von Schadensersatzforderungen).
 - Die dokumentierte Erfüllung der Informationspflicht ist für die Feststellung der Förderfähigkeit notwendig.
- Die EU-Zuständige Behörde stellt ein Informationsblatt zur Erfüllung der Informationspflichten gemäß Art. 14 DSGVO den Trägern zur Verfügung.

Datenschutzgrundverordnung

Ansprechpartner bei Fragen

Bei der Verwaltung der AMIF-Fördergelder stellt ein „Verantwortlicher“ (Art. 4 Nr. 7 DSGVO) den Datenschutz sicher. Dieser ist in der EU-Zuständigen Behörde-AMIF wie folgt zu erreichen:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

EU-Zuständige Behörde AMIF

Frankenstraße 210

90461 Nürnberg

E-Mail: Ref92BPosteingang@bamf.bund.de



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Regionaltagung 2018

Fördermöglichkeiten aus dem
Asyl-, Migrations- und
Integrationsfonds



Post-AMIF



Post-AMIF

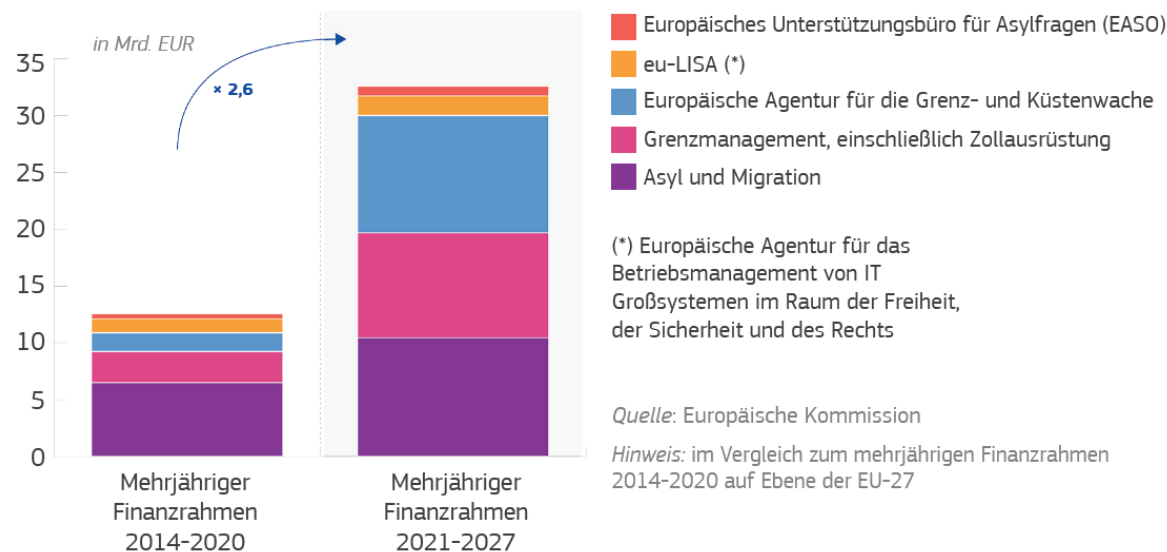
Allgemeines

- Aktuelle Förderperiode: **2014-2020**
 - Projekte können bis zum 30.06.2022 gefördert werden
- Verhandlungen zum neuen EU-Haushalt **2021-2027** haben begonnen
 - ➔ „Ein modernes Budget für eine Union, die schützt, stärkt und verteidigt“
 - Mehr Mittel für Prioritätsbereiche
 - Stärkerer Fokus auf EU-Mehrwert
 - Weniger Verwaltungsaufwand

Post-AMIF

Struktur des EU-Haushalts

- Geplantes Gesamtvolumen MFR 2021-2027:
1.279 Mrd. EUR
- Für den Bereich Migration und Grenzmanagement:
34,9 Mrd. EUR



Post-AMIF

Rechtsgrundlagen

- **Fondsspezifische Verordnung:** inhaltliche Ausrichtung des AMF
- **Common Provisions Regulation:** einheitliche Regeln für Struktur- und Innenfonds
 - Vereinfachungen in der Fondsverwaltung durch einheitliches Regelwerk
 - Vermehrten Einsatz von Pauschalen
 - Effektivere Berichterstattung
 - Vermeidung von Mehrfachprüfungen durch stärkeres Vertrauen in nationale Kontrollsysteme

Post-AMIF

AMF

- Geplantes Volumen Asyl- und Migrationsfonds AMF:
10,415 Mrd. EUR
- Inhaltlich werden folgende spezifische Ziele unterstützt:
 - Stärkung und Weiterentwicklung aller Aspekte des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, einschließlich seiner externen Dimension
 - Unterstützung der legalen Migration in die Mitgliedstaaten einschließlich Beitrag zur Integration von Drittstaatsangehörigen
 - Beitrag zur Bekämpfung der irregulären Migration und zur Gewährleistung einer effektiven Rückkehr und Rückübernahme in Drittstaaten.

Post-AMIF

AMF

- Geplantes Volumen Asyl- und Migrationsfonds AMF:
10,415 Mrd. EUR
- Für die nationalen Programme der Mitgliedstaaten:
EUR 6,2 Mrd.
 - 5,2 Mrd. EUR zu Beginn des Programmzeitraums
 - 1 Mrd. EUR zur Halbzeitbewertung
- Für die thematische Fazilität (spezifische Maßnahmen, Unionsmaßnahmen, Soforthilfe, Neuansiedlung/Umsiedlung):
4,2 Mrd. EUR

Post-AMIF

AMF

- Mitgliedstaaten können selbst über Mittelverteilung in den nationalen Programmen entscheiden
- Für bestimmte Maßnahmen ist Kofinanzierung von bis zu 90% aus dem AMF möglich
- Maßnahmen zur legalen Migration werden verstärkt gefördert ebenso wie Maßnahmen in Bezug auf die Beschäftigung irregulärer Migranten
- Weitere EU-Fonds fördern ebenfalls Maßnahmen im Bereich Migration

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 92B
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Ref92BPosteingang@bamf.bund.de
www.bamf.de



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Regionaltagung 2018

Fördermöglichkeiten aus dem
Asyl-, Migrations- und
Integrationsfonds



Addendum:

Vertiefung
Personaleinheitenkosten



Personaleinheitskosten-

Praktische Umsetzung: Sonderfälle Stundensatz

- Bezugsperson für die Berechnung ist stets die erste Person, die die entsprechende Tätigkeit ausübt.
- Die entsprechende Person ist jedoch noch keine 12 Monate beim Träger in entsprechender Tätigkeit beschäftigt :
 - Bezugnahme auf mindestens Daten von drei zusammenhängenden Monaten möglich
 - Monatsgenaue Hochrechnung auf 12 Monate
 - Bsp.: Es sind die Monate August mit 2.000 €, September mit 2.500 € und Oktober mit 2.200 € dokumentiert
 - $2.500 \text{ €} + 2.200 \text{ €} + (10 * 2.000 \text{ €}) = 24.700 \text{ €}$

Personaleinheitskosten-

Praktische Umsetzung: Sonderfälle Stundensatz

- Bezugsperson für die Berechnung ist stets die erste Person, die die entsprechende Tätigkeit ausübt.
- Die entsprechende Person ist jedoch noch gar nicht beim Träger in entsprechender Tätigkeit beschäftigt :
 - Entsprechende Nachweise von mindestens drei Vergleichspersonen, die eine vergleichbare Tätigkeit ausüben
 - Wenn keine oder weniger als drei Vergleichspersonen: Rückgriff auf die jeweils gültige Personalkostentabelle des BMF entsprechend der einschlägigen Eingruppierung der Person und Tätigkeit

Personaleinheitskosten-

Praktische Umsetzung: abrechenbare Stundenanzahl

- Fiktive, von der EU festgelegte Jahresvollzeitarbeit: 1.720h.
- Für ein Projekt von beispielsweise drei Jahren können somit für eine Vollzeitarbeitsstelle $1.720h * 3 = 5.160h$ maximal abgerechnet werden.
- Teilzeitarbeitsstellen werden anteilig betrachtet; Bsp.: eine 60%- Stelle in einem Zweijahresprojekt: $1.720h * 2 \text{ (Jahre)} * 0,6 = 2.064h$

Personaleinheitskosten-

Praktische Umsetzung: Festsetzung der Personalausgaben

- Die verbindliche Festlegung des Stundensatzes, der maximal abrechenbaren Stundenanzahl und der Personalausgaben nimmt die EU-Zuständige Behörde vor und wird im Zuwendungsbescheid bekanntgegeben.
- Berechnung des Stundensatzes erfolgt ebenfalls durch die EU-Zuständige Behörde
- Angabe, welche Stundenanzahl für eine Tätigkeit benötigt wird, kommt vom Träger
- Berechnung der Personalausgaben für eine Stelle erfolgt durch Multiplikation von Stundensatz und Anzahl an maximal abrechenbaren Stunden

Personaleinheitskosten-

Praktische Umsetzung: Arbeitszeitznachweise

- Es müssen für jeden Mitarbeiter Arbeitszeitznachweise geführt werden, auf denen die Produktivstunden für das Projekt festgehalten werden.
- Nur auf dem Arbeitszeitznachweis dokumentierte Produktivstunden können abgerechnet werden.
- Unterschreiten am Ende des Projektes für eine Person die Summe der nachgewiesenen Produktivstunden die Zahl der maximal abrechenbaren Stunden, so wird nur die Summe der nachgewiesenen Produktivstunden abgerechnet.
- Es können nicht mehr als die maximal abrechenbaren Stunden abgerechnet werden.

Personaleinheitskosten-

Praktische Umsetzung: Änderungen bei den Personalkosten

- Der ermittelte Stundensatz für eine Tätigkeit bleibt während der gesamten Projektlaufzeit unverändert, auch bei Wechsel der Person, welche die Tätigkeit ausübt.
- Personalwechsel muss angezeigt, begründet und durch die EU-Zuständige Behörde genehmigt werden. Unter Umständen kann auch während der Projektlaufzeit eine neue Tätigkeit ins Projekt aufgenommen werden.
- Bei Personalwechsel muss beachtet werden, dass die neu eingesetzte Person die Voraussetzungen für die entsprechende Stelle erfüllt.
- Änderungen der maximal abrechenbaren Stundenanzahl ist sowohl nach oben als auch unten möglich; etwaige dadurch entstehende Mehrausgaben gehen zu Lasten des Trägers.